

Bericht aus der Gemeinderatssitzung vom 22. Februar 2021

Der öffentlichen Sitzung des Gemeinderats um 18:30 Uhr geht eine nicht öffentliche Sitzung voraus.

Verabschiedung Haushaltsplan und Haushaltssatzung 2021

Der Haushaltsplan sowie die Haushaltssatzung 2021 liegen dem Gemeinderat vor. Bereits in der Sitzung vom 25.01.2021 wurde darüber ausführlich informiert und diskutiert. Bürgermeister Schneider dankt Kämmerer Herrn Krieger, Herrn Laukenmann, Frau Deininger und Frau Weber aus der Kämmererei für die ausführliche und verständliche Erarbeitung und Darstellung des Haushaltsplans.

Der stv. Kämmerer, Christian Laukenmann, stellt den Haushaltsplan vor.

Die geplanten Investitionen für das Jahr 2021 wurden bereits in der Gemeinderatssitzung am 25.01.2021 erläutert und vorgestellt. Während dieser Sitzung wurden verschiedene Änderungs- bzw. Ergänzungswünsche aus der Mitte des Gemeinderates und der Verwaltung vorgebracht, welche in den Haushaltsplan eingearbeitet wurden. Folgende Änderungen gibt es zum Haushaltsplan:

Für den Bauhofneubau Verpflichtungsermächtigungen eingestellt werden. Diese werden benötigt, weil Verpflichtungen zur Leistung von Auszahlungen für Investitionen in künftigen Jahren nur eingegangen werden dürfen, wenn der Haushaltsplan dazu ermächtigt. Mit der Verpflichtungsermächtigung könnten bei einer zügigen Planung bereits im Jahr 2020 die Bauaufträge vergeben werden, welche in der mittelfristigen Finanzplanung für die Jahre 2022 und 2023 eingestellt sind.

Aus der Mitte des Gemeinderates wurde vorgeschlagen für den Kindergarten Hohenberg sowie für das Grundstück südlich des Rathauses in Rosenberg jeweils eine Planungsrate in Höhe von 50.000 Euro einzuplanen. Nachdem klar wurde, dass die Erneuerung der Wasserleitung in der Haller Straße über eine größere Strecke hin geplant werden muss, musste dieser Planansatz auf 250.000 Euro erhöht werden. Für Optimierungsmaßnahmen der Kanäle bei Starkregenereignissen wurde der Planansatz im Abwasserbereich entsprechend aufgestockt.

Für die Investitionen im Jahr 2021 sind Auszahlungen in Höhe von 5.957.400 Euro eingeplant. Dem stehen Einzahlungen aus Investitionstätigkeit in Höhe von 515.000 Euro gegenüber. Somit ergibt sich ein veranschlagter Finanzierungsmittelbedarf aus der Investitionstätigkeit von 5.442.400 Euro. Vom Ergebnishaushalt können 3.567.055 Euro zur Finanzierung der Investitionen bereitgestellt werden. Somit werden zur Finanzierung der Investitionen weitere 1.875.345 Euro benötigt. Dieser Betrag wird aus den liquiden Eigenmitteln entnommen.

Nach derzeitigem Stand kommt der Haushaltsplan 2021 sowie die mittelfristige Finanzplanung bis 2024 ohne Neuverschuldung aus. Somit liegt der Schuldenstand der Gemeinde Rosenberg weiterhin bei 0 Euro. Der voraussichtliche Liquiditätsstand zum 31.12.2021 beträgt ca. 7,1 Mio. Euro. Die gesetzlich vorgeschriebene Mindestliquidität ist im gesamten Finanzplanungszeitraum gegeben.

Im Anschluss stellt der stv. Kämmerer die Haushaltssatzung im Einzelnen vor. Die Hebesätze für Grundsteuer und Gewerbesteuer bleiben unverändert. Der Hebesatz für die Grundsteuer A beläuft sich somit auf 305 v.H., für die Grundsteuer B ebenfalls 305 v.H., der Hebesatz für die Gewerbesteuer liegt bei 320 v.H. der Steuermessbeträge.

Auf Grund der sparsamen und wirtschaftlichen Haushaltsführung der vergangenen Jahre können die geplanten Investitionen trotz der erforderlichen Entnahme aus den liquiden Eigenmitteln umgesetzt werden. Bürgermeister Schneider freut sich, dass wieder ein sehr guter Haushaltsplan für das Jahr 2021 auf den Weg gebracht werden konnte, in welchem alle Teilorte entsprechend berücksichtigt werden konnten und die Gesamtgemeinde wieder ein Stück weiter nach vorne gebracht werden kann. Die vorgelegte Haushaltssatzung 2021 wird vom Gemeinderat einstimmig beschlossen.

Sanierung der Ortsdurchfahrt Matzengehren

hier: Vergabe der Arbeiten im Zuge der Maßnahme

Im Bereich der Ortsdurchfahrt Matzengehren befinden sich verschiedene sanierungs- bzw. erneuerungsbedürftige Ver- und Entsorgungsleitungen. Des Weiteren weist die Straße etliche Risse und Setzungen auf, die eine Sanierung erforderlich machen.

Aus den genannten Gründen wurde das Ingenieurbüro CDM Smith aus Crailsheim mit der Planung der Sanierung der Ortsdurchfahrt beauftragt. In der Sitzung vom 14.12.2020 wurde der vorgestellten Entwurfsplanung zugestimmt und beschlossen die Ausschreibung zeitnah in zwei Losen (Tief- und Straßenbauarbeiten sowie Rohrverlegearbeiten) durchzuführen.

Die Ausschreibung für die Tief- und Straßenbauarbeiten erfolgte am 16.01.2021. Zeitgleich erfolgte die beschränkte Ausschreibung der Rohrverlegearbeiten an vier Firmen.

Bis zur Submission am 09.02.2021 wurden für das Los 1 (Tief- und Straßenbauarbeiten) insgesamt acht Angebote und zwei Nebenangebote abgegeben. Nach der fachtechnischen und rechnerischen Prüfung durch das Ingenieurbüro CDM Smith ist die Firma Martin Roth & Söhne GmbH aus Ellwangen wirtschaftlichste Bieterin mit einem Angebotspreis von 1.463.415,40 €. Die Kostenberechnung für diese Arbeiten lag bei rund 1.399.700,00 € (reine Baukosten ohne Baunebenkosten). Die eingetretenen Kostensteigerungen liegen hierbei zum Großteil im Bereich des Straßenbaus, welcher für den Landkreis durchgeführt wird.

Die Firma Martin Roth & Söhne GmbH hat bereits diverse Maßnahmen in Rosenberg erfolgreich durchgeführt und gilt als zuverlässig und leistungsfähig.

Für das Los 2 (Rohrverlegearbeiten) gingen bis zum Submissionstermin drei Angebote ein. Sämtliche abgegebenen Angebote konnten gewertet werden. Nach der fachtechnischen und rechnerischen Prüfung durch das Ingenieurbüro CDM Smith ist die Firma Rudolf Steinbrenner Bauunternehmung GmbH & Co. KG aus Wiesenbach wirtschaftlichste Bieterin mit einem Angebotspreis von 72.008,80 €. Die Kostenberechnung für diese Arbeiten lag bei rund 75.900,00 € (reine Baukosten ohne Baunebenkosten).

Die Firma Rudolf Steinbrenner Bauunternehmung GmbH & Co. KG gilt als zuverlässig und leistungsfähig.

Bei der EnBW ODR wurde von Seiten der Verwaltung eine Mitverlegung von Leerrohren für eine Gasversorgung angefragt, dies ist von Seiten der EnBW derzeit nicht vorgesehen.

Vor Durchführung der Maßnahme soll ähnlich wie bei den vorhergehenden umfangreichen Straßenbaumaßnahmen ein Beweissicherungsverfahren durchgeführt werden. Hierfür wurden verschiedene Büros angefragt. Das wirtschaftlichste Angebot stammt vom Ingenieur- und Sachverständigenbüro Henneberger aus Würzburg und beläuft sich auf 3.750,00 €. Herr Henneberger hat bereits die drei vorherigen Beweissicherungsverfahren durchgeführt und gilt als zuverlässig.

Der Gemeinderat vergibt die Tief- und Straßenbauarbeiten im Rahmen der Sanierung der Ortsdurchfahrt Matzengehren an die Firma Martin Roth & Söhne GmbH aus Ellwangen als wirtschaftlichste Bieterin zum Angebotspreis von 1.463.415,40 €.

Die Rohrverlegearbeiten werden vom Gemeinderat an die Firma Rudolf Steinbrenner Bauunternehmung GmbH & Co. KG aus Wiesenbach als wirtschaftlichste Bieterin zum Angebotspreis von 72.008,80 € vergeben.

Mit der Durchführung der Beweissicherung wird das Ingenieur- und Sachverständigenbüro Henneberger aus Würzburg zum Angebotspreis von 3.750,00 € beauftragt.

25. Änderung Flächennutzungsplan der Vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft Ellwangen im Bereich „Neunheim IX“ in Ellwangen

Wie aus der Presse bereits zu entnehmen war, plant die Stadt Ellwangen um den Bedarf an gewerblichen Bauflächen befriedigen zu können, weitere gewerblichen Flächen im Bereich Neunheim auszuweisen. Um die Flächen nutzbar zu machen, ist eine Änderung des Flächennutzungsplans erforderlich. Derzeit sind in diesem Bereich 53,2 ha für die Landwirtschaft ausgewiesen sowie ca. 2,3 ha für geplante Grünflächen. Nach Änderung des Flächennutzungsplans sollen hier 14,2 ha Grünfläche und ca. 41,3 ha geplante gewerbliche Baufläche entstehen.

Grundsätzlich haben sich die Mitglieder der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft das Credo auferlegt, sich bei den Planungen gegenseitig nicht zu behindern. Daher stimmt der Gemeinderat dem vorgeschlagenen Beschlussantrag zur Änderung des Flächennutzungsplans der VVG Ellwangen zu. Gemeinderat Schips und Bürgermeister Schneider werden als Vertreter der Gemeinde Rosenberg an der Sitzung der vereinbarten Verwaltungsgemeinschaft teilnehmen.

Schließanlage Rathaus – Grundsatzbeschluss elektronische Schließanlage

Die Schließkarte der derzeitigen Schließanlage im Rathaus ist zwischenzeitlich abgelaufen. Als Pilotprojekt soll daher die Schließanlage des Rathauses auf eine elektronische Schließung umgestellt werden. Zunächst sollen jedoch lediglich die Außentüren mit der elektronischen Schließung ausgestattet werden. Vorteil der elektronischen Schließung ist, dass bei Verlust der verlorene Schließchip einfach ausprogrammiert werden kann, somit unbrauchbar ist und nicht die komplette Schließanlage getauscht werden muss. Dies wäre langfristig auch beispielsweise für die Virngrundhalle / Sporthalle und die Schule denkbar.

Hierfür hat sich die Verwaltung Angebote der Firma AIDA sowie von Schreiner Greiner angefordert. Diese werden zur nächsten Sitzung beratungsreif und vergleichbar aufgearbeitet.

Baugesuche

Einvernehmen der Gemeinde nach § 36 BauGB

Der erforderlichen Befreiung von den textlichen Festsetzungen des Bebauungsplans „West IV“ für die Errichtung eines Wohnhauses mit Doppelgarage auf Flst. Nr. 238/15, Rosenstraße 7 in Rosenberg wird zugestimmt.

Ebenso erteilt der Gemeinderat sein Einvernehmen zur Sanierung der Scheune, Einbau eines Treppenhauses auf Flst. Nr. 607, Geiselroter Straße 39 in Geiselrot.

Verschiedenes

Antrag der Sportfreunde Rosenberg auf Kostenübernahme der Tilgungsraten November bis Juli für die Kaltsporthalle aus dem Corona-Hilfsfonds der Gemeinde

Auf Grund der Coronasituation haben die Sportfreunde Rosenberg einen enormen Einnahmeausfall zu beklagen. Grundsätzlich soll mit den Hilfen aus dem Budget für Vereine kein Einnahmeausfall gedeckt werden. Hier liegen jedoch konkrete Verbindlichkeiten in Höhe von rund 6.000 Euro für die Tilgungsraten der Kaltsporthalle vor. Diese könnten aus dem Corona-Hilfsfonds übernommen werden. Im Fonds befinden sich derzeit 10.000 Euro, somit stehen nach Übernahme der Tilgungsraten für die Sportfreunde Rosenberg noch 4.000 Euro für die anderen Vereine im Bedarfsfall zur Verfügung. Der Gemeinderat stimmt der Übernahme der Tilgungsraten für die Kaltsporthalle für die Zeit November 2020 – Juli 2021 in Höhe von rund 6.000 Euro aus dem Corona-Hilfsfonds für Vereine zu.

Sanierung des Holzbodens / der Holztreppe im Rathaus

Der Holzboden im Rathaus, sowie die Holztreppe weisen massive Abnutzungen auf. Die letzte Sanierung des Bodens fand im Jahr 2000 statt. Daher hat die Verwaltung ein Angebot zur Sanierung des Holzbodens und der Holztreppe bei der Firma Bembe aus Bad Mergentheim eingeholt. Die Verwaltung wird vom Gemeinderat beauftragt weitere Vergleichsangebote einzuholen. Eine Entscheidung fällt in einer der nächsten Sitzungen nach Vorlage der Angebote.

Ipads für die Sekundarstufe der Karl-Stirner-Schule

Um die Sekundarstufe der Karl-Stirner-Schule entsprechend des Medienentwicklungsplans komplett mit Ipads auszustatten wurden in den Haushaltsplan 2021 100.000 Euro aufgenommen. Das wirtschaftlichste Angebot unterbreitete die Firma Alphasales-Computer mit einer Angebotssumme von 100.771,70 Euro. Auch bei der Beschaffung der IPads für den Gemeinderat und Lehrer war die Firma Alphasales Computer der wirtschaftlichste Anbieter.

Es soll von Seiten der Schule ein sinnvolles Konzept zur Ausgabe der Ipads entwickelt und die Ipads Zug um Zug beschafft werden. Der Gemeinderat ermächtigt die Verwaltung bis zu

170 Ipads für die Sekundarstufe der Karl-Stirner-Schule zu beschaffen und den Haushaltsansatz um 771,70 Euro zu überziehen.

Wege Friedhof Rosenberg

Aus der Mitte des Gemeinderates wird angemerkt, dass die Wege im Friedhof Rosenberg in einem sehr schlechten Zustand seien. Die Wege wurden durch den Bauhof im vergangenen Jahr notdürftig ausgebessert. Ein Landschaftsarchitekt wurde bereits im vergangenen Jahr beauftragt eine Entwurfsplanung für den Friedhof Rosenberg vorzulegen. Nun beauftragt der Gemeinderat die Verwaltung bei weiteren Landschaftsarchitekten nach einem Angebot für eine entsprechende Entwurfsplanung anzufragen.

Die nicht öffentliche Sitzung wird fortgesetzt.